

## AUSSPRACHE

### Zur Frage der „Werks- und Ehrenangestellten“

Die angespannte Arbeitsmarktlage der Hochkonjunktur führt in der westdeutschen Industrie zu oft seltsamen Kapriolen. Eine davon ist die in den letzten zwei bis drei Jahren aufgekommene und immer häufiger praktizierte „Masche“, hochqualifizierte Facharbeiter zu Angestellten zu „ernennen“. Da eine solche Ernennung arbeitsrechtlich nicht möglich ist, hat man den schönen Titel „Werksangestellter“ bzw. „Ehrenangestellter“ erfunden. Der Aufsatz von *J. Lehlbach* in Heft 10/1961 zeigt dieses Problem mit allen seinen Schwierigkeiten. Dieser Katalog soll hier nicht erweitert werden; die folgenden Ausführungen sollen lediglich auf die Konsequenzen hinweisen, die sich aus dem durch einzelne Arbeitgeber geschaffenen Tatbestand für die Arbeit der Gewerkschaften ergeben müssen.

Der top-manager einer der großen amerikanischen Fluggesellschaften hat gelegentlich eines Gesprächs über Gehaltsfragen bemerkt, daß der Titel „Chefpilot“ seiner Gesellschaft in Einzelfällen bis zu 100 Dollar monatlicher Gehaltsaufbesserung erspare. Dieser zynische Ausspruch zeigt unser Problem in aller Deutlichkeit. Die ständig zunehmende Knappheit qualifizierter Fachkräfte zwingt die Unternehmer zu ständig verbesserter Umwerbung dieser Arbeitskräfte. Doch getreu den alten unternehmerischen Prinzipien soll die festere Bindung an den Betrieb möglichst wenig kosten, und so versucht man es durch die Schaffung immaterieller Werte, indem an das Prestigedenken der Arbeitnehmer appelliert

wird. (Ein in Deutschland leider immer noch ankommender Appell!)

Wie wenig reale Vorteile den „ernannten“ Angestellten tatsächlich zufließen, hat *Lehlbach* in aller Deutlichkeit gezeigt. Bei den Gewerkschaften muß man sich aber ebenso deutlich über die Gefahren klarwerden, die aus einer Ausweitung jener unternehmerischen Praktiken erwachsen können. Aller notwendigen Solidarität zum Trotz besteht in vielen Bereichen der westdeutschen Wirtschaft immer noch eine tiefe Kluft zwischen Angestellten und Arbeitern. Mit einer Ausweitung des Kreises der Werks- und Ehrenangestellten wird diese vorhandene Spaltung um eine weitere vermehrt, die den betroffenen Personenkreis in eine völlige Isolierung treiben kann. Von den nicht „ernannten“ Arbeitern werden die neuen Angestellten mit Mißtrauen betrachtet werden, die traditionsbewußte Angestellten-schaft wird versuchen, sich gegen die „Eindringlinge“ abzuschirmen. Man wird mit der Vermutung, daß bei den Unternehmern darauf spekuliert wird, daß sich aus dieser Isolierung eine um so engere Anlehnung an das Werk selber ergibt, kaum fehlgehen.

Aus der Erkenntnis dieser Gefahren ergibt sich für die Gewerkschaften vor allem eins: Mit allen Mitteln der Publizistik die Öffentlichkeit (und die Arbeitnehmerschaft) über diesen schleichenden Übelstand aufzuklären! Während die westdeutschen Arbeitgeber sich mit allen Mitteln der längst fälligen rechtlichen Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten widersetzen, versuchen sie auf der anderen Seite einen — rechtlich ungesicherten — neuen Angestelltenstand zu schaffen, dort nämlich, wo ihnen für die betriebliche Praxis Vorteile daraus erwachsen. Auf die Antinomie dieses Verhaltens muß die öffent-

lichkeit immer und immer wieder hingewiesen werden; zugleich ist hier der Ansatzpunkt für die zu verstärkenden Bemühungen, endlich die gesetzliche (vor allem auch versicherungsrechtliche) Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten herbeizuführen.

*Elisabet Proeller, Hamburg*

### „Die IG Metall und das System der Sprachregelung“

Unter dem Titel „Die IG Metall und das System der Sprachregelung“ bringen die *Gewerkschaftlichen Monatshefte* in ihrer Septemberrummer eine Arbeit von Herrn *Fritz Vilmar*. Darin wird 13 in der gewerkschaftlichen Berichterstattung führenden Journalisten der Bundesrepublik vorgeworfen, ihre Berichte und Kommentare über den Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1960 einer „Sprachregelung“ unterworfen zu haben. Dieser Ausdruck stammt aus dem Propagandaministerium des Herrn *Goebbels*. Er besagt, daß diese Journalisten sich nicht der Wahrheit oder ihrem Verständnis der Wahrheit verpflichtet fühlen, sondern als hörige Befehlsempfänger wirken. Herr Vilmar versucht somit, die Presse der Bundesrepublik mit der des „Dritten Reiches“ zu identifizieren.

Herr Vilmar behauptet ferner im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Metalltag, daß sich die öffentliche Kritik „oft weniger auf Sachkenntnis als auf den Wunsch, dem Käufer und Inserenten damit zu gefallen“, gründe und wirft damit 16 Zeitungen aller politischen Richtungen, unter ihnen die angesehensten der Bundesrepublik, Meinungskorruption vor. Er zeigt damit, daß ihm nicht nur jegliche Einsicht in die Wirklichkeit der Presse fehlt, sondern daß er auch dringend der Nachhilfestunden in demokratischer Verhaltensweise bedarf. Es ist Herrn Vilmars gutes Recht, meine und meiner Kollegen Berichterstattung für sachlich falsch zu halten. Demokratische Diskussion setzt jedoch die Achtung der persönlichen Integrität des anderen trotz aller Schärfe der sachlichen Auseinandersetzung voraus. Nur in der totalitären Denkweise aller Farben ist der Andersdenkende zugleich unmoralisch, verwerflich und schlecht. Wer so argumentiert wie Herr Vilmar, zeigt, daß er einer Diskussion in der Demokratie nicht gewachsen ist.

Zum Beruf des Journalisten gehört die Pflicht, sich der Verantwortung für das Geschriebene bewußt zu sein. Er muß jederzeit bereit sein, sich dem persönlich zu stellen, den er kritisiert hat und dabei seine Auffassung zu vertreten. Sonst flüchtet er vor der Verantwortung. Während der Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG

Metall Ende Oktober wollte ein leitender Angestellter der Gewerkschaft Herrn Vilmar mit mir bekannt machen. Aber Herr Vilmar stellte sich nicht. Er verließ eilig den Raum, obwohl er mich besonders böseartig und persönlich angegriffen hatte.

Angesichts dieses Gesamtverhaltens von Herrn Vilmar lohnt es sich für mich nicht, eine Sachdiskussion mit ihm zu führen. Ich verzichte deshalb auf den mir dafür zusätzlich von der Chefredaktion der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* fairerweise zur Verfügung gestellten Platz.

*Otto Witt*

### Ein notwendiges Nachwort

Unser Mitarbeiter *Fritz Vilmar* hat in einer gründlichen Untersuchung, deren Bedeutung und Notwendigkeit in zahlreichen Briefen an die Redaktion der GM anerkannt wurde, in einer Fußnote einen scharfen Angriff gegen Herrn *Otto Witt* gerichtet. Wir haben diesen Passus seinerzeit trotz seiner Schärfe veröffentlicht, und zwar aus folgenden Gründen:

1. weil bei bestimmten Anlässen auch eine persönlich zugespitzte Polemik berechtigt, ja notwendig sein kann; das beweist die politische Publizistik aller Zeiten und Länder;
2. weil Herr Vilmar den schwerwiegenden Vorwurf, Herr Witt vertrete in verschiedenen Publikationsorganen konträre Ansichten, bewiesen hatte; leider geht Herr Witt auf diesen entscheidenden Punkt nicht ein;
3. weil Herr Witt ein Publizist ist, der Männer der Gewerkschaftsbewegung auch persönlich angreift, so seinerzeit z. B. Heinrich Hansen; wer selbst eine so scharfe Feder führt, kann doch nicht überrascht sein, wenn ihm auch einmal scharf geantwortet wird;
4. weil wir natürlich bereit waren, Herrn Witt zu einer Erwiderung an der gleichen Stelle das Wort zu geben.

Für diese Erwiderung hatten wir Herrn Witt einen Umfang von vier Schreibmaschinen-seiten angeboten; nun hat er uns nur knapp 40 Zeilen geschickt. Wir veröffentlichen diese Zuschrift wortgetreu, obwohl sie — leider — bewußt beleidigend abgefaßt ist.

Der von Herrn Witt geschilderte Vorfall in Dortmund hat sich anders abgespielt — aber lassen wir das. In keinem Fall kann man einem Autor, der mit offenem Visier, unter seinem Namen und mit allen damit verbundenen Risiken, seine Arbeiten veröffentlicht, „Flucht vor der Verantwortung“ vorwerfen.

Im übrigen dürfen wir das Urteil über unseren geschätzten Mitarbeiter Fritz Vilmar und über diese Polemik getrost unseren Lesern überlassen.

*Dr. Walter Fabian*

### Wilhelm Leuschner im Jahre 1933

Den sehr verdienstvollen Artikel von *Jochim G. Leithäuser* in der Nummer 10 der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* von 1961 „Das Jahr 1933 in Wilhelm Leuschners Tagebuch“ habe ich mit großem Interesse gelesen. Ich habe als Darmstädter Wilhelm Leuschner gut gekannt und ihn nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager oft in Berlin und gelegentlich auch in Darmstadt gesehen. Vielleicht darf ich zu dem Artikel von Herrn Leithäuser ein paar Tatsachen hinzufügen, die ich aus dem Munde Wilhelm Leuschners selbst gehört habe:

Wilhelm Leuschner hat auf der Internationalen Arbeitszeitkonferenz in Genf nicht nur Ley keine Schützenhilfe geleistet und dem Wunsch Leys nicht entsprochen, so zu tun, als ob die „Gleichschaltung“ des ADGB einwandfrei vonstatten gegangen wäre; er hat auch auf einer nichtoffiziellen Zusammenkunft der Konferenzteilnehmer in einem Vortrag das

verbrecherische Verhalten der Nazis eindeutig dargelegt und gegeißelt. Nach dieser Rede haben ihm einige Konferenzteilnehmer dringend geraten, nicht nach Deutschland zurückzukehren. Wilhelm Leuschner hatte sich aber gesagt, daß seine Worte unglaubwürdig würden, wenn er emigriere. Gerade jetzt müsse er wieder nach Deutschland gehen. Diese Überlegung war mit ausschlaggebend für seine Rückkehr.

Wilhelm Leuschner ist es in der Tat gelungen, unbemerkt über die Grenze nach Deutschland zu kommen. Er ist aber nicht beim Einlaufen des Zuges in Freiburg sofort verhaftet worden. Auch in Freiburg hatte man ihn nicht entdeckt. Als er aber hörte, daß ein anderer an der Grenze als Wilhelm Leuschner verhaftet worden war, hat er sich freiwillig gestellt.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Ergänzung in geeigneter Weise publizieren wollten.  
*Ludwig Metzger, Darmstadt*